

Berlin ist NATO-Fall

Die Westmächte sind zum Bleiben entschlossen — Nein zum Sowjetplan

Paris (ap/dpa). Der Generalsekretär des Atlantikpaktes, Spaak, hat Berlin als ein unmittelbares NATO-Problem bezeichnet. Auf einer Pressekonferenz am Vorabend der dreitägigen Atlantikrat-Sitzung sagte er, jeder Angriff auf die Truppen der drei Westmächte in Westberlin würde „die im NATO-Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen auslösen“. In Paris jagte eine Konferenz die andere. Aus der Vielzahl sind zu nennen: eine Sitzung des OEEC-Ministerrates über den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone, eine Tagung der Westeuropäischen Union über Rüstungsfragen, getrennte Unterredungen des französischen Ministerpräsidenten de Gaulle mit US-Außenminister Dulles, Bundeswirtschaftsminister Erhard und Italiens Ministerpräsident Fanfani, von denen das Gespräch mit Dulles das wichtigste war, und eine Besprechung des Bundesverteidigungsministers Strauß mit dem NATO-Oberbefehlshaber Norstad.

Die Berlin-Frage wurde zum zentralen Thema der Atlantik-Konferenz. Eine Vorentscheidung war gefallen, als die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik ihre Entschlossenheit bekräftigten, ihre Position in Westberlin und ihr Recht auf freien Zugang zur Stadt zu wahren. Die Westmächte werden noch im Dezember auf die Moskauer Forderung antworten, Westberlin zu einer „Freien Stadt“ zu machen. Eine Übertragung von Kontrollrechten an die Sowjetzonenbehörden haben die Westmächte — wie es heißt vor allem auf amerikanischen Wunsch — eindeutig abgelehnt. Offen ist jedoch, wieweit der Westen geneigt sein wird, Vertreter der Sowjetzone als „Beauftragte der Sowjetunion“ an den Kontrollpunkten der Wege von und nach Berlin anzuerkennen. Die Deutsche Bundesregierung ist mit dem Ergebnis der Berlin-Verhandlungen in Paris vollkommen zufrieden.

Wie NATO-Generalsekretär Spaak mitteilte, sei Berlin durch die Anwesenheit von Truppen der drei Westmächte durch den NATO-Verteidigungsvertrag gedeckt. Jeder Angriff auf die Truppen der Westmächte löse die im Atlantikpakt vorgesehenen vertraglichen Ver-

pflichtungen aus. Eine Unterbrechung der alliierten Verbindungslinien nach Berlin wird nach Ansicht Spaaks nicht als Aggression betrachtet werden; er fügte aber hinzu, was nach einem solchen Schritt käme, könnte durchaus in diesem Sinne angesehen werden.

„Dreier-Direktorium“

Nach ihren Berlin-Beratungen werden die NATO-Mitglieder andere weltpolitische Probleme ansprechen, wobei die Frage engerer politischer Konsultationen im Vordergrund steht. Hierzu gehören auch die Vorschläge de Gaulles über Beratungen außerhalb des NATO-Bereiches. Die Briefe de Gaulles an Präsident Eisenhower und den britischen Premierminister Macmillan über die Bildung eines „Dreier-Direktoriums“ stehen nach Mitteilung Spaaks aber nicht gesondert auf der Tagesordnung. Als sehr wahrscheinlich bezeichnete es Spaak, daß der Rapacki-Plan — Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa — im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen erörtert wird.

In dem am Dienstag veröffentlichten Kommuniqué heißt es u. a.: Der Atlantikrat tritt in vollem Umfange den Auffassungen bei, die durch die Re-

gierungen der USA, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung vom 14. Dezember 1958 zum Ausdruck gebracht wurden.

● Die von der Sowjetunion erhobenen Forderungen haben eine ernste Lage geschaffen, der mit Entschlossenheit begegnet werden muß.

● Der Rat erinnert an die Verantwortungen, die jeder Mitgliedsstaat in bezug auf die Sicherheit und Wohlfahrt Berlins und die Aufrechterhaltung der Position der drei Mächte in dieser Stadt übernommen hat. Die Mitgliedsstaaten der NATO könnten keine Lösung der Berliner Frage gutheißen, die das Recht der drei Westmächte, so lange in Berlin zu bleiben, wie es ihre Verantwortlichkeiten erfordern, in Frage stellt, und die nicht die Freiheit der Verbindungslinien zwischen dieser Stadt und der freien Welt gewährleistet. Die Sowjetunion wäre für jede Haltung verantwortlich, die dazu führen würde, diese freie Verbindung zu behindern oder diese Freiheit zu gefährden. Die zwei Millionen Einwohner Westberlins haben soeben in freier Wahl mit überwältigender Mehrheit ihre Zustimmung und Unterstützung für diese Position erneut bestätigt.

● Der Rat ist der Ansicht, daß die Berliner Frage nur im Rahmen eines Abkommens mit der Sowjetunion über die gesamte Deutschlandfrage geregelt werden kann. Er ruft in Erinnerung, daß die Westmächte sich wiederholt bereit erklärt haben, dieses Problem ebenso wie die der europäischen Sicherheit und der Abrüstung zu prüfen. Sie sind zu einer Diskussion aller dieser Fragen nach wie vor bereit.

Zweite Drohung

DT. Vierzehn Tage nach Bekanntgabe der sowjetischen Note gegen Berlin erfolgte nun die zweite Drohung. Sie ist im Ton noch schärfer und der Sache nach fragwürdiger, Das aber kann nicht damit erklärt werden, daß eine offizielle Sowjetnote etwas anderes sei als eine Erklärung der ebenfalls offiziellen sowjetischen tassa-Agentur. Vielmehr soll die Sorge und Erregung um und in Berlin weitergeschürt werden. Die massive Fortsetzung des Nervenkrieges gegen schwächliche Gemüter hat Moskau um so nötiger, als die erste Drohung eben nicht den erwünschten Erfolg brachte, wie die Berliner Wähler bewiesen. Man fragt sich, ob und wie oft Moskau derartige Attacken noch wiederholen wird. Aber man kann schon jetzt von Berlin aus die Antwort geben, daß gerade derart periodisch wiederkehrende Drohungen abstumphen und eher zur Beruhigung der Nerven in dieser Stadt beitragen.

Denn: solche hektischen Drohungen sind alles andere als Ausdruck eines sicheren und souveränen sowjetischen Standpunktes. Sie sind viel eher ein Zeichen für Unruhe, Unsicherheit; sie sind ein lautes Geschrei, das den Unmut über das Fehlschlagen der ersten Drohung vom 27. November über-tönen soll. Und zu diesem Unmut — der einem gehörigen sowjetischen Prestigeverlust entspricht — hat Moskau auch durch die Haltung der Westmächte allen Anlaß.

Der Gedanke liegt nahe, daß Moskau auf die Konferenz der westlichen Außenminister einen Druck ausüben möchte, auf Uneinigkeit und „weiche Stellen“ bei den Konferenzteilnehmern spekulierend. Aber auch den Sowjets sollte klar sein, wie leicht aus einer solchen Spekulation eine Fehlspekulation werden kann. Sie müßten gemerkt haben, daß sie mit Drohung und Druck in der Berlin-Frage eine harte Abwehr-gemeinschaft geradezu provozieren. Bei dieser Überlegung

stimmt allerdings bedenklich, daß sich die Sowjets immer wieder als schlechte Psychologen erwiesen haben, wenn es um die Einschätzung der politischen Widerstandskraft der Berliner und um die Reaktion des Westens überhaupt ging.

Die diktatorischen Machthaber aller Zeiten quittieren ihre Mißerfolge sehr leicht mit dem eigensinnigen Nun-erst-recht. Leider finden sich im Westen immer wieder überschlaue Einzelgänger, deren vom Wunschdenken getrübes Auge selbst in einer so primitiven Drohung und Einschüchterungserklärung nach „positiven Ansatzpunkten“ für ersprießliche Verhandlungen sucht, — bis zur nächsten kalten Dusche aus Moskau. Über die tassa-Agentur hat Moskau erneut klar betont, daß entweder die Truppen aus Berlin abziehen oder das Thema nicht

mehr Gegenstand von Verhandlungen sein wird.

Mit dieser Erklärung will Chruschtschow vorbereiten. Wenn nämlich seine utopischen Vorschläge abgelehnt werden (womit er fraglos rechnen mußte), dann will er damit die Diskussion um Berlin zum Verstummen bringen: weil sie ihm mehr als unangenehm ist. Doch ein solcher Wunsch kann sich nicht erfüllen. Die Frage Berlins wird immer wieder aufgeworfen werden, sie ist erwiesenermaßen zu bedeutungsvoll, um bei Verhandlungen über Europa negiert zu werden. Wenn Chruschtschow, wie behauptet wird, eine Gipfelkonferenz anstrebt und noch dazu in den Vereinigten Staaten, um Weltgeltung und -anerkennung zu erreichen, dann wird ihm Berlin entgegengehalten werden: Auch und gerade vor der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der Westen völlig einig

Nach der Pariser Konferenz der Außenminister

Paris (Eig. Meld.). Einigkeit und ein entschlossenes Einstehen für Berlin — das ist das Ergebnis der Pariser Außenminister-Konferenz. In einem Kommuniqué nach Abschluß der Sitzung wurde erklärt: Die Westmächte werden ihre Rechte in Berlin wahren. Sie erkennen die einseitige Aufkündigung des Berlin-Status durch die Sowjets nicht an.

DT. Den Sowjets wird gern nachgesagt, sie seien Meister im „Liming“; sie starteten also ihre Aktionen zu Zeitpunkten, die ihnen günstig sind. Daß sie es mindestens sein wollen, muß man ihnen nach dem Droh-Exzeß, den sie drei Tage vor den Pariser Besprechungen in die Welt schickten, zugestehen. Aber verraten sie nicht mit Inhalt und Stil ihrer Attacken viel eher, wie schlechte Kenner sie der Völker und Staaten sind, deren gemeinschaftliches Zusammenwirken ihnen ein Dorn im Auge ist? Es kann den Sowjets doch nur daran liegen, Verständnis für ihre Absichten — wenn nicht in allen — so doch in dem einen oder anderen Land aus der westlichen Gemeinschaft zu finden. Schon gar ist ihr dauerndes weltpolitisches Bestreben doch dahin gerichtet, die Gemeinsamkeit des westlichen Handelns aufzuweichen. Sie haben für diese Absichten in den letzten Jahren viele Wege beschritten. Sie haben Frankreich gelockt und

gegen England ausgespielt. Sie haben die große Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten für ein Protektorat über die kleineren Mächte beschworen. Sie haben mit der Eigenwilligkeit Englands und des Commonwealth gegenüber den europäischen Nachbarn operiert. Aus all diesen Störversuchen sind nie anhaltende Wirkungen zu ihren Gunsten entstanden. Nun aber malen sie, damit ein geschichtliches Gespenst beschwörend, die böse deutsche Machtiger als eine Gefahr gegen die westliche Gemeinschaft an die Wand. Sie sind schlechte Psychologen; denn zwischen den Deutschen und manchen unserer europäischen Nachbarn mögen noch Schatten aus nicht zu Ende gelebten Erinnerungen stehen, doch sie weichen ja gerade um so mehr, je enger und selbstverständlicher wir uns mit der westlichen Lebensgemeinschaft verbinden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Bekennnis zu Heimat und Frieden

Einheitsverband „Bund der Vertriebenen“ in Berlin gegründet

Berlin (Eigenbericht). „Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert. Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Mit diesen Schlußsätzen aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, gegeben zu Cannstatt am 5. August 1950, wurde eine Feierstunde im Schöneberger Rathaus beendet, mit der das Einigungswerk der beiden großen Vertriebenenverbände (Bund der Vertriebenen/BdV und Verband der Landsmannschaften/VdL) besiegelt wurde. Zuvor hatten über hundert Delegierte den neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete und bisherige Schatzmeister des BdV Hans Krüger. Seine Stellvertreter wurden Minister a. D. Schellhaus (VdL/BHE); Bundestagsabgeordneter Jaksch (VdL/SPD); Landtagsabgeordneter Gossing (BdV/BHE). Dem dreizehnköpfigen Vorstand gehören u. a. noch der bisherige BdV-Vorsitzende Dr. Kather, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Alfred Gille, der Sprecher der Sudetendeutschen, Dr. Lodgman von Auen und der Sprecher der Deutschen aus Jugoslawien, Dr. Trischler, an.

Kein Volk der Welt

Bundesvorsitzender Krüger leitete die Feierstunde mit einem Bekenntnis zum Recht auf die Heimat ein. Dieses Recht, so sagte er, würde sich kein Volk der Welt nehmen lassen. Die Festlegung der Ostgrenzen sei ausdrücklich einem kommenden Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten, und man könne von den Heimatvertriebenen nicht verlangen, auf eine Rechtsgrundlage zu verzichten, die von den Siegermächten ausdrücklich eingeräumt worden sei. Im Namen der 2,5 Millionen Mitglieder des Gesamtverbandes (damit ist der BdV nach den Gewerkschaften der größte Verband in der Bundesrepublik) bekannte sich Krüger gegen jeden Nationalismus, aber für ein gemeinsames

Europa. Im Herzen dieses Europas aber müsse ein lebensfähiges Gesamtdeutschland existieren. Mit einem Bekenntnis zu Berlin, dem in seiner bedrohten Freiheit das Herz aller Vertriebenen gehöre, schloß Krüger seine Ansprache.

Unter den zahlreichen Glückwünschen fand ein Grußtelegramm des früheren Bundesministers Jakob Kaiser, der seine Anteilnahme an dem Einigungswerk mit herzlichen Worten bekundete, langanhaltenden Beifall der Versammlung.

Ostpreußen in Berlin

„Berlin wählte die Freiheit, Ostpreußen wählt Berlin“ — mit diesen Worten verkündete

der Berliner Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Matthee, in einer Pressekonferenz den einstimmigen Beschluß der Gesamtvertretung seiner Landsmannschaft, die alte Reichshauptstadt zum Ort des Pfingsttreffens 1959 zu machen. Über 40 000 Teilnehmer werden erwartet; den Höhepunkt wird am Pfingstsonntag die Kundgebung in der „Waldbühne“ bilden. Wie bereits im Vorjahr zum Bochumer Treffen sollen auch diesmal wieder Einladungen an die polnische Presse ergehen. Die Berliner Tagung, von der man sich eine besondere Wirkung in den Ost-raum hinein verspricht, soll zwar im Geiste des Rechtes auf die angestammte Heimat stehen, aber ebenso stark den Verzicht auf jeden Revanchismus verkünden. Ihre Verbundenheit mit Berlin will die Landsmannschaft mit der Gründung eines „Hauses der Ostpreußen“ in der alten Reichshauptstadt besonders bekunden.

Weitere Finanzhilfe für Berlin

Verstärktes ERP-Auftrags-Finanzierungsprogramm für 1959

Bonn (ap). Die zwischen den Bundesministern Erhard, Etzel sowie Lindrath und Vertretern des Senats vorgesehenen Wirtschaftsbesprechungen werden am 20. Dezember in Bonn stattfinden. Neben den wirtschaftspolitischen Fragen steht auch die Finanzhilfe des Bundes für Berlin zur Diskussion. Der Berliner Bundesensor Klein hatte bereits erklärt, daß der Vorschlag von 900 Millionen DM Berlin-Zuschuß im Bundeshaushalt auch im Hinblick auf die neue Situation der Stadt kaum ausreichen wird.

Vom Bundesschatzministerium wurde angekündigt, daß neben den mit Wirkung vom 1. Dezember in Kraft getretenen Zinssenkungen für Investitionskredite an Berliner Unternehmen weitere Förderungsmaßnahmen aus ERP-Mitteln beabsichtigt seien. Gegebenenfalls sollen die Mittel des ERP-Auftrags-Finanzierungsprogrammes für Berlin im kommenden Jahr nochmals verstärkt werden.

Außerdem sei daran gedacht, aus dem ERP-Sondervermögen die Abzahlung für nach Berlin gegebene Aufträge abzusichern.

Bundeswirtschaftsminister Erhard wird voraussichtlich am 9. Januar nach Berlin kommen, um an der Einweihung der Akademie für Bergbau und Hüttenwesen teilzunehmen. Es wird angenommen, daß er sich dabei auch über die wirtschaftliche Situation Berlins an Ort und Stelle informiert.

Appell an die Industrie

Der Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft DAG forderte in Berlin die industriellen Großunternehmen im Bundesgebiet auf, die Berliner Wirtschaft ständig zu unterstützen. Vom Januar 1959 an will die DAG in allen Städten des Bundesgebietes regelmäßig Mitglieder- und Funktionärsversammlungen über die wirtschaftliche Lage Berlins veranstalten. In Berlin selbst baut die DAG ein Jugendheim.

Einkaufsbummel in Ostberlin

Größeres Warenangebot — aber noch größerer Bedarf / Geschenke ohne Glanz

—e. Berlin (Eigenbericht)

Das Schaufenster der sogenannten „DDR“ ist Ostberlin. Das Schaufenster Ostberlins wiederum ist der Alexanderplatz und vielleicht noch die Ladenfront der Stalinallee. Genau wie in Westberlin werden jetzt dort die Weihnachtsgeschenke ausgesucht, und die Familienväter und Hausfrauen bummeln mit ihren Kindern durch die Warenhäuser. Was finden sie, wie sieht es dort im dreizehnten Jahr nach dem Kriege aus? Enthält das reichlicher gewordene Angebot Dinge, die auch den Westberliner oder den Westdeutschen reizen könnten?

Das zentral gelegene HO-Warenhaus am Alexanderplatz ist mit einigen Reihen von Glühbirnen zusätzlich festlich illuminiert. Die Menschen strömen ein und aus, wenn auch der Andrang keineswegs so groß ist, wie in den Westberliner Warenhäusern während der Vorweihnachtszeit. In den einzelnen Stockwerken künden Hinweisschilder die Waren an: Elektrogeräte, Schuhe, Rundfunk, Textilien, Lebensmittel, Keramik, Haushaltsgegenstände — es fehlt eigentlich nichts. Aber können sich die Menschen auch all diese Dinge kaufen?

Geheimnisse der HO

In einer Ecke hängt eine große rote Flagge, auf die mit goldenen Buchstaben gestickt ist: „Beste Verkaufsstelle im sozialistischen Wettbewerb 1957“. Sie hängt in der Abteilung Rundfunk und Fernsehgeräte. Wie sie verdient wurde, bleibt das Geheimnis des Warenhauses, denn mit kaum einem Artikel gibt es soviel Ärger wie mit Fernsehgeräten. Nicht etwa, weil die Bildröhre des Standardgerätes für 1300 Ostmark wesentlich kleiner ist als die der preiswerteren westdeutschen Geräte, nicht deswegen, weil häufig Reparaturen erforderlich werden, sondern weil die Interessenten sechs bis zwölf Monate warten müssen, bis sie sich das ausgesuchte Gerät tatsächlich auch im Wohnzimmer aufstellen können.

Auf dem Radioapparat der Firma Stern in Sonneberg prangt ein großes königliches Wappen mit arabischen Schriftzeichen. Betrachtet man es auf der Rückseite, so findet man ein kleines Metallschild eines arabischen Generalagenten in Damaskus. Ware, die nicht ab-

gesetzt werden konnte? Auch dies bleibt Geheimnis der HO.

Die Länder des kommunistischen Blocks sind vollständig vertreten. Schilfmatten aus Indo-China hängen neben Teppichen aus China für 4390 Ostmark. Mit den alten China-Teppichen, wie wir sie kennen, sind sie aber weder im Dekor noch in der Qualität zu vergleichen. Der deutsche Teppich im normalen Stubenformat, der daneben hängt, kostet „nur“ 2300 Ostmark. Überhaupt liegen die Preise wesentlich über den Westberliner Preisen. Bei Radiogeräten ist es etwa ein Drittel, und eine Repräsentationstruhe mit Fernsehen, Plattenspieler und Tonband kostet schlechte 6800 Ostmark.

Pappkoffer und Ersatz-Persianer

Wie mag es mit Eisschränken sein? Man wird kreuz und quer im Warenhaus umhergeschickt, bis man endlich an der Elektroabteilung landet. „Kühlschränke? Die haben wir gar nicht“, ist die lakonische Antwort des Verkäufers. Doch auch an verschiedenen anderen verlockenden Geräten entdeckt man mit einiger Aufmerksamkeit diskrete Schildchen, auf denen „Verkauft“ steht. Die interessantesten Dinge im Schaufenster Ostberlins sind also nur zum Ansehen da. Dafür gibt es rollenweise „Ersatz-Persianer“ für den Mantelkragen, und die Stapel mit billigsten braunen Pappkoffern füllen fast die ganze Koffer-Abteilung. Nicht ein einziger Lederkoffer ist zu finden.

Außerlich ansprechende Anzugstoffe sind mit durchschnittlich 100 Ostmark etwa doppelt so teuer wie in Westberlin. Ein Kinderwagen kostet 200 bis 300 Ostmark, ein Teddybär 28 Ostmark. Bei dem Faltpö-

für 650 Ostmark wagt man gar nicht nach der Lieferzeit zu fragen. Die hölzerne Waschmaschine jedenfalls ist „verkauft“.

Großer Andrang herrscht dagegen in der Abteilung für warme Winterwäsche. Zwei Riesenschlangen, in denen es immer wieder heftigen Streit um den Vortritt gibt, haben sich vor einem Stand mit Handtüchern gebildet. Es gibt eine Kostbarkeit, nämlich Frotteehandtücher. Sie sind schmal und dünn wie ein leichter Schal und haben ein Einheits-Blumenmuster. Sie werden wie Kohlköpfe verkauft, und die Leute reißen sich darum.

Nur gegen Ausweis

Der kleine Süßwarenstand verkauft Zuckerhütchen für 1,85 Ostmark das Viertelpfund. Der Schokoladen-Weihnachtsmann, der bei uns vielleicht 20 Pfennig kosten würde, ist mit 0,83 Ostmark ausgezeichnet. Ein kleiner Junge möchte einen kaufen. Aber die Verkäuferin, die auch auf die rote Standarte mit der Goldschrift „Beste Verkäuferin der Verkaufsstelle im sozialistischen Wettbewerb“ und die damit verbundene Geldprämie von 200 Ostmark aus ist, verkauft ihn nur gegen Personalausweis. Den aber hat der Knirps nicht im Trainingsanzug. Traurig zieht er mit seinen Aluminiumgroschen wieder ab.

Schon wieder Kochtöpfe

Etwas erfreulicher sieht es in den wenigen kleineren Privatgeschäften aus. Gelegentlich ein hübscher, wenn auch anspruchsloser Rauchtisch, sehr hübsche kunstgewerbliche Gegenstände, und alles zwar mit bescheidenen Mitteln, aber doch wenigstens etwas mehr Liebe dekoriert. Man merkt an den privaten Läden den Würgegriff der HO, des Konsums, der „Wohnraumgestaltung — Staatlicher Handelsbetrieb Möbel“ und wie sich die erdrückende staatliche Konkurrenz sonst noch nennen mag.

Man findet in den Schaufenstern schon wieder Kochtöpfe, Gartenwerkzeug, Textilien und andere notwendige Dinge.

Ziel 1000 Stück — Ergebnis: Null

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Die Art der Berichterstattung der sowjetzonalen Presse über die Westberliner Wahlen zeigt, wie die SED die Vorgänge im Westen entstellt. In Eigenberichten veröffentlichten die SED-Blätter Schilderungen über Wahlbehinderung und über angebliche Verfolgung von SED-Wahlhelfern, die in Wirklichkeit von der Westberliner Polizei geschützt wurden.

HALLE

1000 SED-Wahlhelfer sollen verhaftet sein. Die Wahl sei kein Votum gegen die sowjetische Berlin-Note gewesen, schreibt die SED-Zeitung „Freiheit“, weil den Westberlinern der Text der Note in den wesentlichen Punkten vorenthalten wurde. Über das Wahlergebnis schreibt die Zeitung: „Die SPD konnte mit der absoluten Mehrheit von 52,6 Prozent in das Westberliner Abgeordnetenhaus einziehen. Die SED erhielt 31 520 Stimmen, das ist ein Kern entschlossener Kämpfer für Frieden und Sozialismus. Welche Kraft eine solche Gruppe von entschlossenen Kämpfern aber darstellt, bewies 1917 die Oktoberrevolution in Rußland. Dort hat ein Kern von nur 40 000 Kommunisten die Massen des russischen Proletariats zum Sieg geführt.“ „Wir müssen stärker nach Westberlin wirken“, schreibt das Blatt. „Es genügt nicht, daß man zur Berlin-Note nur ja sagt. Deshalb verpflichtete sich die Brigade ‚Zuschnitt‘, einen Exportauftrag für die Sowjetunion in allerbesten Qualität auszuführen. Der VEB Patina hat zusätzlich die Produktion von 60 Tonnen Feinseife übernommen, die nach Belgisch-Kongo geliefert werden sollen.“

„Die Propagandawalze der Bourgeoisie habe die Köpfe der Westberliner Bevölkerung vernebelt“, schreibt das SED-Blatt „Freiheit“.

„Rund um die Niethosen“ lautet eine Diskussion in Halle. Fortschrittliche Mütter erklären: „Diese westliche Kleidung hat nichts mehr mit sozialistischer Erziehung gemeinsam. Mit Niethosen fängt es an,

dann kommt ein Hirschfänger, und der Schluß ist dann Körperverletzung, Diebstahl, Einbruch und dergleichen mehr.“

COTTBUS

„Mehr Höflichkeit am Krankenbett.“ Krankenschwestern und Pfleger sollen liebevoll mit den Patienten umgehen. Das helfe den Heilungsprozeß zu beschleunigen. Der Träger einer Krankenbahre habe einer Patientin nach einer gefährlichen Behandlung zugerufen, als sie nicht allein auf die Bahre kam: „Na, heb man deine vier Buchstaben, dann wirst du schon raufkommen!“ (Nachzulesen in der „Lausitzer Rundschau“ vom 9. 12. 1958.)

GÖRLITZ

„Ziel: 1000 Stück — Ergebnis: Null.“ Die „Sächsische Zeitung“ berichtet von den Rückständen in der Massenbedarfsartikel-Produktion: „VEB Görlitzer Maschinenbau sollten im IV. Quartal bis Jahresende die ersten 1000 Stück Haushaltsmaschinen ausliefern. Nicht eine einzige Maschine wird in diesem Jahr den Betrieb verlassen. Die Massenbedarfsartikel-Produktion hinkt meilenweit hinter den Plänen hinterher. Das ist aber keine technische Schwierigkeit, sondern das ist ein ideologischer Hemmschuh.“ Es wird gefordert, das Säuseln mit weichen Plänen durch sozialistischen Sturmwind zu ersetzen.

Geschenksendungen werden kontrolliert. Spekulanten und Friedensfeinde würden den Geschenkpaketverkehr ausnutzen, um unsaubere Geschäfte zu machen. Die Begründung lautet u. a.: „In unserer Republik gibt es keine Comics, keine revancharischen Kriegsbücher und keine illusionistischen Liebesromane, die besonders die Jugend verrohen und auf Abwege führen. Ihren Verwandten und Freunden im Westen bereiten Sie deshalb eine große Freude, wenn Sie ihnen einen geschmackvollen Bildband über den Aufbau in unserer Republik schicken. Von Jahr zu Jahr spiegelt sich das immer reicher werdende Leben in der Repu-

blik im Paketverkehr wider. Es hat sich gezeigt, daß die Grenze der DDR nach Westdeutschland bedeutend mehr Päckchen passieren als umgekehrt.“

LEIPZIG

„Gift — getarnt als Wort Gottes“ schreibt die „Leipziger Volkszeitung“! Gemeint ist der „Neukirchner Abreißkalender“ mit dem Untertitel „Der christliche Hausfreund“. 60 Exemplare von diesem Kalender seien allein an einem Tage in die Zone eingeschleust. Dieser Kalender sei ein Sammelbecken höchst unchristlicher Hetze, weil er Schmähungen gegen die Sowjetunion, Volks-China und gegen das sozialistische Lager enthalte. 21 338 Hetz- und Schmutzschriften seien allein im letzten Quartal vom Paketkontrollamt Leipzig beschlagnahmt, u. a. Schriften wie „Der Stern“, „Quick“ und „Hör zu“. Die Paketkontrollstelle zeigt in den nächsten Tagen eine Wanderausstellung in Schulen, Betrieben und Institutionen, u. a. auch Zahlungsmittel in der Cervelatwurst. Manches Lieschen Müller würde dieses Gift tropfenweise zu sich nehmen, ohne es zu merken.

Preisverstöße aufgedeckt: Nach dem 1. Juni dieses Jahres seien im Friseurhandwerk Preisverstöße bis zu 20 Prozent aufgedeckt worden, ebenso bei Erzeugnissen der Harzer Glas-, Schmuck- und Metallwarengewerkschaft. Bei Bettwäsche hätten sich die Verbraucherpreise ebenfalls bis zu 2,50 Ostmark pro Stück erhöht. Dagegen will die Preiskontrollstelle ansetzen.

Maniküre und Pediküre: Am Markt hat VEB Patina einen modernen Kosmetiksalon eröffnet, der den Bedarf erforschen will. Der Salon soll sich vor allem den Messegästen anbieten. Telefonische Vorbestellungen werden über Rufnummer 2 11 06 angenommen. Die Preise: Höhnsonne: 1,25 Ostmark, Maniküre mit Lack 2,40 Ostmark; Pediküre von 3,50 Ostmark an. Gesichtsteilbehandlung 4,50 Ostmark, Gesichtsvollbehandlung 6,50 Ostmark.

Trübe Aussichten für das Fest

Weihnachtskrippen sind in der Zone selten geworden

B. Berlin (Eigenber.). Wenn im Dezember die kürzesten Tage kommen, dann kommen Männer und Frauen aus Ahrensfelde und Blumenberg, aus Prenzlau und Karwe, aus Teltow und Stahnsdorf nach Westberlin. Sie machen Weihnachtseinkäufe: Der Junge bekommt eine Armbanduhr, das Mädchen einen Roman aus der Bundesrepublik, und der Vater kauft sich ein Paar gute Schuhe, die er wegen der Zollkontrolle gleich anzieht (die alten läßt er im Laden). Die Mutter kauft was sie braucht und nicht auffällt. Der Einkauf in Westmark ist zwar nicht billig, aber eine gute Ware behält ihren Wert.

Die Frauen gehen im Anschluß daran ins Kino, das sie neuerdings Ost gleich West bezahlen können, und die Männer haben sich in soliden Eckkneipen der Seitenstraßen des Kurfürstendamms versammelt. Das Westberliner Bier und der durch das Bundesfinanzministerium verbilligte Korn schmecken doch noch erheblich besser als drüben im Osten, von der Qualität der Rauchwaren ganz zu schweigen. Es sind meistens Bauern, die nicht allein wegen des Bieres hierher kommen, es sind erprobte Freunde, die hier im Hinterzimmer eine Art Stammtisch haben, und die sich einmal einige Stunden offen und frei aussprechen wollen. Das braucht der Mensch und vor allem der Mensch aus der Zone.

Viele Freunde fehlen

Die Ernte ist halbwegs gut ausgefallen, so daß sie sich schon einmal einen Umtrunk in Westberlin leisten können. Sie denken jetzt an die Kollegen, die dem Druck nicht ausweichen konnten und in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eintreten mußten. Sie haben in der vorigen Woche ihre Arbeitseinheiten abgerechnet und, so sagte einer, als er die Abrechnung sah, es wäre am besten gewesen, wenn er noch Geld von zu Hause mitgebracht hätte. Sie, die wenigen freien Bauern, kommen ja noch hin, wenn auch die Steuern hart drücken und der Mangel

an Arbeitskräften dazu zwingt, alle Kräfte vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht anzuspinnen.

Im ganzen wird es trotz des Gänsebratens ein trübes Fest werden, selbst wenn an den Weihnachtstagen, wie sonst immer, das elektrische Licht nicht abgeschaltet werden sollte. Einzelne Familien werden einander besuchen, und dann wird man sich derer erinnern, die am letzten Weihnachtsfest noch im Dorfe waren, und mit denen man sich noch aussprechen konnte. Da war der Arzt Dr. K., der nicht nur Medikamente gegen die Halsentzündung verschrieb, sondern der auch einmal ein Wort über die wirkliche Lage sagte. Er hat die ewigen Bespitzelungen nicht mehr aushalten können und ist in den Westen geflohen. Es war für den fünfzigjährigen Mann auch nicht leicht, noch einmal ganz von vorn anzufangen und eine Praxis neu aufzubauen.

FDJ-Dienst an Feiertagen

Die Volkszählung, die am 15. Januar in der Sowjetzone stattfinden sollte, ist auch verschoben worden. Die Machthaber wußten noch nicht recht, wie sie es den Menschen eingestehen sollten, daß drei Millionen Menschen fliehen mußten. Erst in den letzten Tagen wurden Zahlen über den Bevölkerungsschwund in den märkischen Städten bekannt, die geradezu erschütternd waren. Potsdam, das 1939 135 892 Einwohner zählte, hatte im vorigen Jahre nur noch 115 934 Einwohner. Brandenburg verlor 8000 Einwohner, ebensoviel Eberswalde und Oranienburg, nur diejenigen Ortschaften, wo eine Industrie aufgebaut worden war, hatten leicht zugenommen. Dafür aber waren die Dörfer von der männlichen Jugend entblößt worden, denn diese jungen Menschen mußten entweder zur Volksarmee, zum Grenzschutz oder zur Vopo, oder aber sie waren zur Industrie gegangen, weil sie hier besser verdienten.

Am traurigsten wird das Weihnachtsfest für die Kinder aussehen. Weihnachtskrippen

und Weihnachtsengel sind rar geworden in der Zone, und Weihnachtslieder werden nur im verborgenen geübt. Für dieses Weihnachtsfest haben sich die Machthaber etwas Besonderes einfallen lassen, um den Kindern die Weihnachtsfreude zu verderben. An beiden Festtagen wurde nachmittags Dienst angesetzt zum zehnjährigen Jubiläum der — Thälmann-Pioniere. Zu diesem Zweck sollen die Kinder ein Gedicht von Arnold Zweig lernen:

„Laßt Euch versichern in aller Ruhe, Friedensstärkung ist unser einziger Zweck / Darum putzt mit Foster Dulles Speck, Berliner, Eure Schuhe. / Sperrt den kalten Krieg in die Truhe und werft den Schlüssel dazu weg. / Werft ihn in die tiefe Spree, daß ihn keiner wiederseh. / Und freut Euch zu Silvester gleich Eurem Nachbar.“

Das einzige, was noch geblieben ist, das sind die Weihnachtsmänner aus Schokolade. Natürlich sind es sozialistische Weihnachtsmänner, und wir lesen darüber: „Der volkseigene Betrieb Elbflorenz in Dresden, die größte Süßwarenfabrik der Sowjetzone, hat bei der Herstellung von Schokoladen-Weihnachtsmännern einen sechsstägigen Planvorsprung erreicht. Zu diesem Betrieb gehört auch eine Marzipanfabrik, die seit Anfang dieses Jahres als einziges Werk in der DDR aus Mandeln bzw. Aprikosenkernen und Staubzucker das begehrte Marzipan und Persipan herstellt.“

Weihnachten soll einen neuen Inhalt bekommen. Auf den Weihnachtstisch der Kinder wie auf den Weihnachtsmarkt gehören der Pionierplan, der Pionier-Expresß und das Rote Buch der guten sozialistischen Taten.

Das Weihnachtsfest für die Erwachsenen gestaltet die Agitpropgruppe der VEB Filmfabrik Wolfen, sie nennt sich „Paprikaschoten — scharf, würzig und selbstverständlich rot!“

Und die Bauern aus Ahrensfelde stellen fest, daß der Einzelbauer E. T. wegen grober Vernachlässigung der Ablieferungspflicht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde,

Der Bundeskanzler sprach mit Brandt

Volle Übereinstimmung über Pariser Konferenz — Streit um Berlin-Besuch begraben

Bonn (ap). Bundeskanzler Adenauer und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, haben in einem einstündigen Gespräch die Berlin-Situation erörtert und dabei volle Übereinstimmung erzielt. Wie von beiden Seiten mitgeteilt wurde, diene die Aussprache dem Zweck, „eine möglichst einheitliche und wirksame Vertretung der Interessen Berlins“ zu gewährleisten.

Brandt erklärte nach der Besprechung: „Was die Verhandlungen in Paris betrifft, so stimmen unsere Ansichten überein.“ Das einstündige Gespräch im Rhön-Torfer Heim des Kanzlers ergab ferner, „daß die in den letzten Tagen erörterten Fragen, die sich auf den Besuch des Bundeskanzlers in Berlin bezogen, in beiderseitigem Einverständnis als erledigt betrachtet werden.“ Damit darf die Kontroverse um den Berlin-Besuch des Kanzlers, der zu offiziellen Erklärungen der Berliner Senatskanzlei und der Bundesregierung geführt hatte, als abgeschlossen betrachtet werden. Brandt betonte vor Pressevertretern: „Eine Verstimmung zwischen uns gibt es nicht.“ Sofern es eine gegeben

habe, sei sie jedenfalls beiseitigt.

Gute Atmosphäre

Das Gespräch, an dem auch Bundesaußenminister von Brentano und der Vertreter Berlins in Bonn, Senator Klein, teilnahmen, fand dem Vernehmen nach in einer guten Atmosphäre statt. Adenauer unterrichtete Brandt eingehend über die Gesichtspunkte, die von deutscher

Seite bei der bevorstehenden Konferenz in Paris zur Geltung gebracht werden sollen. Von der Berliner Vertretung wurde noch einmal versichert, daß Brandt, wie vorgesehen, Gelegenheit haben werde, den Außenministern der USA, Frankreichs und Großbritanniens seine Gesichtspunkte unmittelbar vorzutragen. Der Bundeskanzler wiederholte seine Bereitschaft, im Zusammenwirken mit dem Berliner Senat dafür zu sorgen, daß der Bund in der gegenwärtigen politischen Lage in verstärktem Maße in wirtschaftlicher Hinsicht für Berlin tätig sein werde.

CDU diskutiert SPD-Angebot

Berliner Koalitionsgespräche über Neubildung des Senats

Berlin (Eigenbericht). Der Landesvorstand der Berliner CDU hat beschlossen, auf ein offiziell übermitteltes Verhandlungsangebot der SPD einzugehen und mit den Sozialdemokraten Verhandlungen über die Zusammenarbeit beider Parteien in einer neuen Senatskoalition zu führen. Wie Landespartei-vorsitzender Bundesminister Lemmer vor Pressevertretern mitteilte, werden diese Verhandlungen bereits in diesen Tagen stattfinden. Lemmer äußerte die Ansicht, beide Parteien hätten nicht die Absicht, „Posten- oder Ämterhandel“ zu treiben, sondern seien in Anbetracht der politischen Situation Berlins gewillt, rasch zu einer Einigung zu gelangen.

Für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD hat die CDU eine Kommission ernannt, der Lemmer, Amrehn, Endres und Wolf angehören. In einem Kommuniqué wird ergänzend darauf hingewiesen, daß die Wählerschaft der CDU seit 1948 von rund 258 000 auf über 600 000 angewachsen sei. Darin zeige sich das wachsende Vertrauen, das die CDU in der Bevölkerung Berlins „dank ihrer konsequenten Mitarbeit in der Verantwortung“ zu erringen vermochte. In dem Kommuniqué heißt es weiter, „aus dem

Bewußtsein dieser Verantwortung für Berlin und angesichts der Bedrohung unserer Stadt“ gehe die CDU auf das ihr heute von der SPD offiziell mitgeteilte Angebot ein. Für den Ausgang der Verhandlungen werde bestimmend sein, „ob die nahezu 40 Prozent unserer Berliner Bürgerschaft, die der CDU ihre Stimme gegeben haben, in der Stadt und in den Bezirken als echte Partner in der Verantwortung betrachtet werden“. Der CDU komme es entscheidend darauf an, eine Gemeinsamkeit der politischen Zielsetzung zu erreichen, die der Freiheit und der Sicherheit der Berliner Bevölkerung diene.

Lemmer teilte ferner mit, daß die Diskussion über die Koalitionsfrage vom Vorstand und den 20 Kreisvorsitzenden sehr sachlich geführt worden sei. Einige hätten sich für eine Opposition der CDU ausgesprochen. Sein eigenes Argument für eine Koalition sei gewesen, daß man im Augenblick in Berlin keine Parteipolitik machen könne. Eine Abstimmung habe im Vorstand nicht stattgefunden. Die SPD werde voraussichtlich bei den Verhandlungen von einem Stärkeverhältnis im Senat von 7:5 ausgehen. Unter Umständen werde eine Senatsverwaltung aufgelöst.

Einigung in Genf

Dritter Vertragsartikel gebilligt

Genf (ap). Die drei Atom-mächte erzielten in Genf Übereinstimmung auch über den dritten Artikel eines Vertrages zur kontrollierten Einstellung aller Kernwaffenversuche. Sie legten darin die Organe der geplanten Kontroll-Organisationen fest.

Dem Vernehmen nach soll die Organisation aus einer Kontrollkommission, einer Konferenz aller Mitgliedstaaten des Abkommens, einem Stab zur Überwachung des Testverbotes und einem Administrator bestehen. Funktionen und Machtbefugnisse der Kontroll-Organisationen sollen noch nicht definiert worden sein.

Politische Beobachter in Genf vertreten die Ansicht, daß die Westmächte bereit seien, den Mitgliedern der Kontrollkommission in Fragen des Budgets und bei der Wahl des Administrators das Vetorecht zuzugestehen, nicht jedoch in allen anderen Fragen, welche die Tätigkeit der Überwachungsgruppen betreffen.



Bundeskanzler Adenauer und der Regierende Bürgermeister Brandt besprachen im Rhöndorfer Heim Adenauers die Berliner Situation. — Unten: NATO im Gespräch über Berlin: die vier Außenminister Lloyd, Dulles, Couve de Murville u. v. Brentano.

